



holzbaureport

3

März
2005

Ausgabe A
ISSN 0723-4856
B 4894 E

Mitteilungen der Verbände des Bayerischen Zimmerer- und Holzbaugewerbes

Thema des Monats

Peter Glotz, der frühere SPD-Bundesgeschäftsführer und heutige Hochschul-lehrer im schweizerischen St. Gallen, hat es schon immer pragmatisch gesehen: Angesichts knapper Kassen bleibe nur die Wahl zwischen einer guten Ausbildung gegen mäßige Gebühr oder einem „beschissenen Studium umsonst“.

Es ist symptomatisch für das Umdenken in der SPD, dass jetzt auch in dieser Partei Studiengebühren diskutabel sind, galt doch der kostenfreie Zugang zum Hochschulstudium nebst BAföG als wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit im Bildungswesen.

Dass die Erstbetroffenen, also die jetzt Studierenden, gegen die Einführung von Studiengebühren auf die Barrikaden gehen, liegt auf der Hand, und sie haben viele gute Argumente. So ist das Misstrauen, dass Gebühren im Struktur-gestrüpp der Unis nutzlos versickern könnten, keineswegs unberechtigt. Auch die Befürchtung, dass Nebenwissen-schaften wie Metallurgie oder Ägyptologie mangels volkswirtschaftlich nachweisbarer Rendite finanziell ausgetrocknet werden, ist völlig berechtigt. Abgesehen von trauriger Gewissheit, dass der Geldbeutel der Eltern eine noch größere Bedeutung als Hochschulzugangsvoraussetzung erhält.

Doch auch die Befürworter von Studiengebühren haben überzeugende Argumente. Eine bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen ist dringend wünschenswert. Die Bundesvorsitzende des CDU-nahen Ringes Christlich-Demokratischer Studenten, Dorlies Last, hofft, dass die zahlende Klientel dann auch selbstbewusster Qualität einfordert: „Wenn man für etwas bezahlt,

„Umsonst“ studieren?

Das Bundesverfassungsgericht hat den Ländern den Weg zur Einführung von Studiengebühren geebnet. Jetzt kommt es auf die Ausgestaltung an.

möchte man auch darauf Einfluss nehmen“, äußerte sie gegenüber der ARD. Die Unis haben - unbestritten - ein Qualitätsproblem. Nur Sozialromantiker können noch glauben, dass ein Verzicht auf Studiengebühren „Bildungsgerechtigkeit“ zu retten vermöchte. Wer Chancengleichheit bei der Bildung anstrebt, müsste nämlich - Pisa lässt grüßen - bereits im Kindergarten ansetzen (wo bekanntlich ebenfalls Qualitätsprobleme bestehen - trotz Gebühren). Bei Studiengebühren stellt sich daher die Frage nicht mehr nach dem „Ob“, sondern nur noch nach dem „Wie“ und besonders nach dem „Wie viel“ und „von Wem“. De facto hat eine Mehrheit der Bundesländer bereits Gebühren für Langzeitstudenten eingeführt.

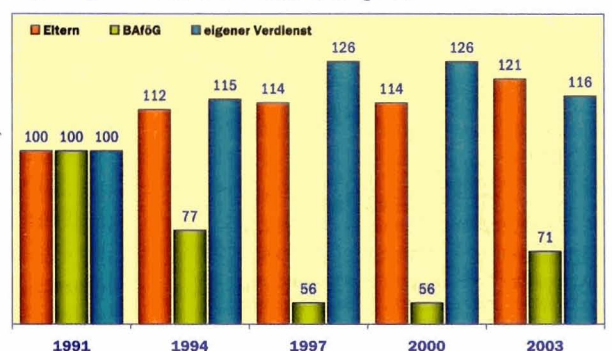
Das Bild vom fröhlich-faulen Studenten ist längst überholt. Zu Arbeiten ist für die meisten notwendig. Mit einem wöchentlichen Aufwand von etwa acht Stunden (im Erststudium) bis 15 und mehr Stunden trägt eigene Arbeit mehr als ein Viertel zum Budget bei. Dies geht - unvermeidlich - zu Lasten der Studiendauer.

Die Finanzierung durch die Eltern macht ungefähr die Hälfte aus; sie hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat (s. Grafik).

Studiengebühren - ja, aber nicht zur Vollfinanzierung des Hochschulwesens, sondern nur im Sinne einer erschwinglichen Schutzgebühr, sozial abgedeckt durch ein Stipendiensystem. Mehr Wettbewerb unter den Hochschulen - ja, aber ohne „Landesfremde“ auszusperren. Durch Alleingänge der Länder oder gar einzelner Unis könnte schnell ein Chaos bei den Studienbedingungen entstehen. Problematisch ist sicher, wenn junge Menschen nach einem Studium auf Pump mit einem Schuldenberg ins Berufsleben starten. Aber auch Handwerksmeister mussten und müssen ihre Meisterschulzeit finanzieren.

Wir brauchen mehr Leute mit breit angelegter, höherer Bildung, wenn die Arbeitslosigkeit langfristig sinken soll. Gute (Aus-)Bildung schafft immer noch die besten Voraussetzungen, sich am Arbeitsmarkt behaupten zu können. Geld für Bildung ist stets gut angelegt.

Entwicklung der Finanzierungsquellen Studierender
Index 1991 = 100; Index-Entwicklung real



Daten: 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Grafik: gmw